

Protokoll der Stadtratssitzung Sulzbach-Rosenberg vom 25.11.2025

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwahrend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben. Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind via https://buergerinfo-sulzbachrosenberg.digitalfabrix.de/info.asp abrufbar.

TOP Ö 1: Vollzug des BayLadSchlG, verkaufsoffene Sonn- und Feiertage; Beschluss einer städtischen Ladenschlussverordnung

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt die Verordnung über Ladenschlussregelungen in der Stadt Sulzbach-Rosenberg (Sulzbach-Rosenberger Ladenschlussverordnung – LSVSuRo) in der der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Form.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 2: Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans; 26. Änderung: Überarbeitung und Digitalisierung des Landschaftsplans des gesamten Stadtgebietes sowie Änderung des Flächennutzungsplans in 77 Bereichen

Matthias Seitz (Baureferat): Es ist vieles dabei, was ohnehin in Bebauungsplänen festgelegt ist, es sind aber auch Flächenänderungen die Neuausweisungen vorgesehen, oder Flächen die man herausnimmt und landwirtschaftlicher Nutzung widmet.

è Allen Beschlussvorschlägen wurde einstimmig zugestimmt

Bettina Moser (SPD): Wir haben gerade viel beschlossen, habe etwas den Überblick verloren: Wie viele ha insgesamt sind unterschiedlichen Nutzungen gewidmet, lässt sich das zusammenfassend auflisten?

Matthias Seitz (Baureferat): Das ist machbar.

Martin Kunert (SURO2030): Im Rahmen der Forstschreibung, Überarbeitung, Anpassung und Digitalisierung des Flächennutzungsplanes wurden in mehreren zurückliegenden Sitzungen knapp 80 Einzelbereiche mit ca. 177 ha geändert und angepasst. Einer der Schwerpunkte der Forstschreibung und Anpassung war die Reduzierung der Gesamtfläche im Flächennutzungsplan um knapp 38 ha. Dazu folgende grobe Auflistung: Rücknahme von Wohnbauflächen um ca. 20 ha; Reduzierung von Gewerbeflächen um ca. 14 ha; Rücknahme sonstiger Nutzungen um ca. 3 ha. Diese 38 ha sind nun nahezu zu 100 % als Grünflächen, landwirtschaftliche Flächen und Waldgebiete im Flächennutzungsplan kartiert. Ziel dieser Reduzierung ist, i) die Schärfung der Flächennutzung im FNP, bzgl. zukünftiger Grundstückserwerbe, ii) die langfristige städtebauliche Entwicklung in Sinne einer ressourcenschonenden und klimaangepassten Planung. Die Fortschreibung des FNP trägt der sich veränderten Entwicklung der Bauleitplanung der Stadt Sulzbach-Rosenberg Rechnung!

Peter Zahn (Umweltschutzbeauftragter): Die Änderungen betreffen nur 24 ha, die neu ausgewiesen werden müssen. Angesichts der Gesamtfläche der Gemeinde Sulzbach-Rosenberg von > 5000 ha ist das ein sehr geringer Anteil, daher akzeptabel. Diese 24 ha tragen jedoch dazu bei, dass Siedlungs- und Gewerbeflächen zunehmen, bei diesem Flächenanteil sind wir in Sulzbach-Rosenberg schon auf sehr hohem Niveau (22,4 % Siedlungs- und Verkehrsfläche), wovon ca. 50 % als voll versiegelt anzunehmen sind. Wir müssen zukünftig darauf achten, dass die Siedlungs- und Verkehrsfläche nicht weiter zunehmen. Ein anderer Punkt ist der Landschaftsplan: Flächen für Biotopverbund,





Ausgleichsflächen. Es wurde beschlossen, dass der Plan fortzuschreiben sei. Wann wird dies im Stadtrat geschehen, um Planungsaufträge vergeben zu können, auch Bürgerbeteiligungen sind einzuplanen. Es sollte nicht viel Zeit vergehen, bis Beschluss der gemacht wird, Planungsaufträge zu vergeben.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): 10 ha betreffen PV-Anlagen, und sind daher als verbrauchte bzw. versiegelte Flächen aufgeführt.

Matthias Seitz (Baureferat): Falls es sich nicht um Agri-Fotovoltaik handelt, dann gelten PV-Freiflächenanlagen als voll versiegelt, wofür Ausgleichsflächen geschaffen werden müssen.

TOP Ö 3: Park & Ride-Anlage Inbetriebnahme Fahrradgarage und Schließfächer mit Ladestation

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 06.11.2025, Az.: IV-6318/Doll/st - P+R-Anlage Fahrradgarage u. Schließfächer mit Ladestation, zur Kenntnis und beschließt die Inbetriebnahme der Fahrradabstellgarage mit Schließfachanlage. Das Ordnungsamt wird beauftragt, eine Gebührenordnung bzw. Satzung zur Nutzung der Anlagen zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Nach Festlegung der Nutzungsgebühren erfolgt der Abschluss eines Nutzungs- bzw. Wartungsvertrages mit der Firma Kienzler. Nach erfolgter Inbetriebnahme informiert die Verwaltung die Öffentlichkeit über die Nutzungsmöglichkeiten (z. B. Reservierung, Zugangssystem, Gebührenhöhe).

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Haben in Fraktionsvorsitzer-Besprechung kontrovers darüber diskutiert, Fahrradstellplätze machen hier Sinn. Darüber sprechen wir hier und jetzt aber nicht, sondern über deren Abschließbarkeit. Wie umfassend sind die Nachfragen dazu? Der Vertrag wird über fünf Jahre geschlossen, deshalb ist die Nachfrage nach der prognostizierten Nutzung sinnvoll. Wie groß ist das Interesse?

Stefan Frank (CSU / JU): Bei mir selbst gibt es ca. eine oder zwei Anfragen pro Monat, von Personen im Pendelverkehr. Es geht nicht nur um Abschließbarkeit, sondern auch um die Möglichkeit, E-Bikes zu laden. Abschließen und Laden hängt hier wohl zusammen.

Michael Schulz (FWU): Uns ist es etwas viel Geld, wir sind sehr skeptisch ob die Kosten durch die Nutzung wieder reinkommen. Es ist auch etwas ungerecht, wenn für Fahrräder Kosten auftreten, aber PKW können kostenlos parken.

Stefan Frank (CSU / JU): Es sind ausreichend kostenlose Rad-Abstellplätze verfügbar, nur die abschließbaren Stellplätze kosten etwas, zudem könne in den abschließbaren Plätzen geladen werden.

Ralf Volkert (SURO2030): Zu Michael Schulz (FWU): Abschließbare, witterungsgeschützte Fahrrad-Stellplätze sind vergleichbar mit Garagen für PKW, deren Nutzung würde auch etwas kosten. Frage: Wenn dieser Beschluss gefasst wird, wann könne man mit dem Start des Projekts rechnen?

Matthias Seitz (Baureferat): Das wäre im Frühjahr machbar, wir müssen sich noch über die Gebühren einigen.

Christian Weiß (FDP / FWS): Eine grobe Kostenschätzung bzw. Gebührenschätzung wurden bereits aufgeführt. Mit 25 Jahresnutzern wären die Kosten wieder drin, man könne also auf null herauskommen. Die obere Etage sei jedoch schwer zu bedienen, diese ist nicht benutzerfreundlich, nur die unteren Stellplätze. Wir lange ist die Kündigungsfrist bei einem 5-Jahresvertrag? Falls es sich langfristig nicht rechnet, könne man die Stellplätze in kostenlose, offene Plätze umwandeln?

Joachim Bender (SPD): Damals wurde dieses Projekt einstimmig beschlossen, deshalb sollten wir das nun auch tun. Es ist keine Benachteiligung, wenn man etwas zahlen muss, um sein Fahrrad sicher abzustellen. Es gibt dort keine Abstellpflicht, es gibt auch kostenlose Stellplätze für Fahrräder. Bin schon öfter gefragt worden, wann dies nun möglich sei. Diese Infrastruktur zu bauen und dann nicht zu nutzen ist auch kein Thema.





Alexandra Ottmann (FWU): Damals gab es dazu bereits eine Diskussion: Beziehen sich die Kosten für eine oder beide Fahrradboxen? Kommen extra Kosten für das Buchungssystem dazu?

Matthias Seitz (Baureferat): Die Kosten beziehen sich auch beide Boxen. Und ja, es entstehen Kosten für Buchungen.

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Diese Sache ist sinnvoll, es solle aber geprüft werden wie oft es genutzt wird. Man müsste garantieren, dass man rausgeht aus dem Vertrag nach fünf Jahren, wenn es sich nicht rentiert.

Stefan Frank (CSU / JU): Wir haben jetzt auch noch keine Zahlen, aber in anderen Kommunen (z.B. Neukirchen oder Amberg) werden die Boxen genutzt.

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Es geht auch darum, den ÖPNV zu fördern, nicht jeder wohnt am Bahnhof. Es ist sinnvoll, den Bürgern die Möglichkeit zu bieten, auch hochwertige Räder dort abzustellen, um nicht mit billigen Rädern zum Bahnhof fahren zu müssen. Wie läuft das in der Praxis? Zugang zu den Boxen haben alle Personen, die dort ihr Rad unterbringen?

Stefan Frank (CSU / JU): Ja, ein individuelles Absperren bleibt notwendig.

Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS): Es wäre sinnlos, das zu bauen und nicht zu nutzen, es ist dringend an der Zeit, nun damit anzufangen.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 4: Antrag zur Errichtung eines Mitfahrbankls in Kempfenhof; Antrag in der Bürgerversammlung am 09.10.2025, TOP 2.1

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 28.10.2025, Az.: IV-6130/S-K/st - Mitfahrbankl, zur Kenntnis, und beschließt a) eine Mitfahrbank mit "kleiner Lösung" oder b) eine Mitfahrbank mit "großer Lösung" oder c) keine Mitfahrbank in Kempfenhof aufzustellen.

Joachim Bender (SPD): Vom Grundsatz her ist das eine gute Idee, kann man ausprobieren. Von den Kosten natürlich die einfache Variante. Eine Frage zu Projekt vom Gymnasium, könne man eine der schönen Bänke nach Kempfenhof bringen? Viele Bänke stehen in Wagensaß sehr dicht, die seien schöner als die in Kempfenhof angedachten.

Stefan Frank (CSU / JU): Habe eh ein Treffen, werde das ansprechen.

Hildegard Geismann (SPD): Frage zur Sachdarstellung: Eine Bank stünde bereits auf Lager, entstehen dann Kosten?

Stefan Frank (CSU / JU): Ja, die Bank hat etwas gekostet, und für eine andere Gelegenheit müsse dann wieder eine neue Bank beschafft werden.

Karl Reyzl (CSU / JU): Hinweis zur Sitzungsvorlage: Bauhofkosten – entweder es kostet was, oder nichts. Man kann keine Kosten ignorieren von Dingen die "ohnehin da" wären, wie Personalstunden. Welche Bauhofkosten fallen tatsächlich an?

Alexandra Ottmann (FWU): Sind pro einfache Variante. Eine Frage, wenn tatsächliche viele Leute diese Gelegenheit nutzen, und Bruckner dann leer fährt, besteht dann die Gefahr, dass diese Buslinie eingestellt wird?

Stefan Frank (CSU / JU): Diese Gefahr dürfte sicher nicht bestehen.

è Dem Beschlussvorschlag a) wurde einstimmig zugestimmt



TOP Ö 5: Neukalkulation der Gebührensätze Wasser zum 01.01.2026; Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung

Beschlussvorschlag: Nach Kenntnisnahme des Sachverhalts und auf Empfehlung des Werkausschusses beschließt der Stadtrat, den Gebührensatz für Wasser sowie die Grundgebühr zum 01.01.2026, wie in der Sachdarstellung erläutert, festzusetzen und die Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Stadt Sulzbach-Rosenberg in der vorgelegten Fassung zum 01.01.2026 zu erlassen.

Michael Schulz (FWU): Es war schon in Zeitung ein Bericht darüber, man sollte der Bevölkerung kommunizieren, dass wegen der Versorgungssicherheit hier nachgebessert werden muss.

Stefan Frank (CSU / JU): Im Zeitungsbericht wurde diese Notwendigkeit eingehend begründet, man könne evtl. diese Information noch auf die Internetseite der Stadt stellen.

Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS): Eine Feststellung: Wassergebühren müssen profitneutral sein, was segensreich ist. Schwankend höhere und niedrigere Gebühren sind zwangsläufig eine Folge dieser Profitneutralität.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 9: Anfragen

Bettina Moser (SPD): Eine wichtige Anfrage: Bitte, das teilweise zugewachsene Kriegerdenkmal wieder freizuschneiden.

Stefan Frank (CSU / JU): Dies ist Aufgabe des Freistaates, die Stadt könne die Umsetzung nur anregen.

Bettina Moser (SPD): Die Bahn hat einen wunderschönen Zaun gemacht, hinter der Bäckerei Pürzer ist der Zaun plötzlich zu Ende, könne man mit der Bahn sprechen, den Zaun weiter zu ziehen? Auch am Loderhof, Übergang Frommstraße / Südstraße.

Stefan Frank (CSU / JU): Der Zaun Übergang Frommstraße / Südstraße ist nicht Aufgabe der Bahn Bettina Moser (SPD): Beim jüngsten Schneefall waren die Fußwege teils schwer begehbar, man solle Ladenbesitzer und Anwohner nochmals auf ihre Räum- und Streupflicht aufmerksam machen.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Thema Schlackenberg, was ist da nun möglich, könne das Gelände am Schlackenberg für Veranstaltungen verfügbar gemacht werden? Habe es nicht bei der Regierung der Oberpfalz einen Wechsel gegeben? Zweite Frage: Vor einiger Zeitwurde eine Testphase beschlossen, Stadtratssitzungen öffentlich zu übertragen, wie ist dazu der Sachstand?

Stefan Frank (CSU / JU): Schlackenberg: Treffen mit Verantwortlichen, grundsätzlich ist eine Nutzung möglich. Der Startschuss des Schlackenmarsch ist auch dort, eine Nutzung also grundsätzlich möglich.

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Zur öffentlichen Übertragung von Stadtratssitzungen: Technisch und rechtlich ist dies bereits möglich

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Wenn es technisch und rechtlich möglich ist, warum machen wir es dann nicht?

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Wir haben die Entscheidung, diese Möglichkeit auch umzusetzen, dem Gremium überlassen. Dazu müsste das Rednerpult verstellt werden, und die Sitzordnung für Mitglieder der Verwaltung etwas geändert.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Dann sollte man sich an die Umsetzung machen!

Stefan Frank (CSU / JU): Vorschlag: Zunächst ein "Light-Test": Eine Stadtratssitzung aufnehmen, aber nicht veröffentlichen?





Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS): Letzte Woche wurde der Haushalt von Amberg verabschiedet. Dort gibt es scheinbar schon Informationen zu Infrastruktur-Pauschale des Bundes, wurde eingepreist, ist das auch für unsere Stadt möglich?

Andreas Eckl (Finanzreferat): Es gibt demnächst eine Kämmerer-Tagung, wir werden in Kürze dazu informiert.

Evi Rauch (CSU / JU): Habe eine Nachfrage, im Sommer den Spitzerbach auszuräumen, ins Rollen gebracht. Ein Ortstermin wurde anberaumt, habe seitdem nichts mehr gehört.

Hans-Jürgen Strehl (Wirtschaftsförderung und Liegenschaften): Es ist zumindest schon mal gemäht worden, das Ausräumen müsste man prüfen, das sei förderbar.

Günter Becher (Bündnis 90 / Die Grünen): Kurzer Hinweis, Obere Gartenstraße ist kaum befahrbar, am Eck zur Str. an der Point, städt. Kindergarten. Dort spielt sich oft ein "Gemetzel ab" – PKW wenden, Eltern reagieren sauer. Sinnvoll wäre, beim Linksknick zum Schwemmerberg die bestehende Einbahnstraßen-Regelung aufzuheben

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Dies könne auf Umsetzbarkeit geprüft werden.

Günter Becher (Bündnis 90 / Die Grünen): Dann eine kurze Info an Presse?

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Solche Informationen werden kurz nach der erfolgten Anordnung an die entsprechenden Medien weitergegeben

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Thema Krankenhaus, wir sollten hier als Stadtrat Stellung beziehen zum Angriff auf den Landrat.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Am Mittwoch ist Verwaltungsratssitzung, es macht aber keinen Sinn, hier auf Äußerungen einzugehen, unmittelbar verantwortlich ist der Kreistag, dort ist unisono der Tenor, dass wir zu unseren Krankenhäusern stehen. Die tiefergehende Zusammenarbeit mit der Stadt Amberg ist nicht immer vorbehaltlos gut.

TOP Ö 10: Anträge gem. § 25 Abs. 1 GeschO-Stadtrat

TOP Ö 10.1: Änderung der Vorgaben der Plakatierung; Antrag in der 64. Sitzung des Stadtrates am 28.10.2025

Stefan Frank (CSU / JU): Möchte das gern in den nächsten Hauptausschuss legen, die Entscheidung müsse Hand und Fuß haben. Grundsätzlich ist der Antrag zu befürworten, aber nicht leicht umzusetzen, viele rechtliche Regularien sind zu berücksichtigen, dies kann sicher nicht vor der anstehenden Kommunalwahl umgesetzt werden.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Einverstanden. Habe die Bitte, wildes Plakatieren von vorwiegend überregionalen Gruppierungen, die keine Sitze hier im Stadtrat haben, zu unterbinden.

Bettina Moser (SPD): Das wäre auch meine Bitte, das wilde Plakatieren sei teilweise ganz schlimm. Es ist nicht praktikabel, diesen Antrag für die jetzigen Kommunalwahl umzusetzen. Eine Umplanung ist auch für viele Fraktionen nicht sinnvoll, die teilweise schon in den Vorbereitungen zur Plakatierung stecken. Zum Thema Hohlkammerplakate: Plakate aus Papier können zum Malen und Basteln wiederverwendet werden, oder zum Altpapiergegeben, das ist kein Müllproblem.

Joachim Bender (SPD): Habe damals den Antrag zur Eingrenzung der Plakatflut eingebracht. Die Tafeln müssen bestellt werden, Fundamente gesetzt, Arbeit und Kosten habe die Stadt. Andere Alternative: Anzahl der Plakate begrenzen, habe damals 50 vorgeschlagen, von Kollege Fröhlich kam die Zahl 75. Stellwände werden oft wild plakatiert von Veranstaltern.



è Dem Vorschlag, den Antrag in einem der nächsten Hauptausschüsse zu behandeln, wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 10.2 Teilnahme am Heimat. Erlebnistag Bayern; Antrag in der 64. Sitzung des Stadtrates am 28.10.2025

Markus Lommer (Stadtheimatpfleger): Begrüße und unterstütze Antrag sehr. An diesem Tag sollten wir die Chance ergreifen, unsere besondere Vielfalt überregional sichtbar zu machen. Und den Begriff Heimat nicht nur auf die Geschichte, also die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart beziehen. Wir sollten Menschen darstellen die aus unserer Stadt stammen und in der Welt wichtige Dinge machen, wie Christa Meyer, einige andere aus Sulzbach-Rosenberg haben Tolles in der Welt gewirkt. Vorschlag, Kurzportraits zu erstellen von jungen Leuten, warum sie heimatverbunden sind. Das können sehr gute Werbeträger und Multiplikatoren sein.

Peter Zahn (Umweltschutzbeauftragter): Zur Heimat gehört auch Natur und Umwelt, das sei noch nicht erwähnt worden, und müsse auch genannt werden.

è Dem Vorschlag, diesen Antrag in einer der nächsten Stadtratssitzungen zu behandeln, wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 11: Anträge gem. § 25 Abs. 2 ff. GeschO-Stadtrat

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): (Klimarelevanzprüfung auf sämtliche Beschlussvorlagen)

Gez. Christian Koch, 25.11.2025